

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion CDU/CSU
– Drucksache 20/2561 –**

Caravaning-Tourismus fördern

A. Problem

In ihrem Antrag fordert die CDU/CSU-Fraktion unter anderem einen verstärkten Ausbau der Stellplatzinfrastruktur für Camping-Reisemobile, um die regionalwirtschaftlichen Effekte der Caravaning- und Campingwirtschaft in Deutschland stärker zu fördern. Der Bundestag solle deshalb gemeinsam mit Ländern und Kommunen darauf hinwirken, bürokratische Hürden bei der Genehmigung von Reisemobil-Stellplätzen abzubauen. Das Bauleitverfahren für Reisemobilstellplätze sei sehr zeitaufwendig und erfordere regelmäßig eine Vielzahl von Gutachten. Deutsche Tourismusregionen könnten durch Caravaning-Tourismus ihre bestehenden Übernachtungskapazitäten erweitern. Das Potenzial für den Tourismusstandort Deutschland könne noch besser erschlossen werden. Darüber hinaus wird eine Änderung des Lkw-Überholverbots, die Errichtung von E-Ladesäulen und Tankstellen für alternative Kraftstoffe gefordert.

Begründet wird der Antrag damit, dass der Caravaning-Tourismus seit Jahren ein beständiger Wachstumsmarkt sei und durch die Corona-Pandemie und den wachsenden Inlandstourismus noch einmal deutlich an Bedeutung gewonnen habe. Vom Caravaning-Tourismus würden laut Antrag über 180.000 Arbeitsplätze abhängen; Deutschland sei darüber hinaus ein wichtiger Caravaning-Produktionsstandort mit 25.000 hochwertigen Arbeitsplätzen in Entwicklung und Produktion sowie 11.000 weiteren Arbeitsplätzen im Handel. Die Hersteller und Zulieferer im Fahrzeugbau sowie die Händler generierten einen Umsatz von fast 14 Milliarden Euro.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/2561 abzulehnen.

Berlin, den 12. Oktober 2022

Der Ausschuss für Tourismus

Jana Schimke
Vorsitzende

Stefan Zierke
Berichterstatter

Michael Donth
Berichterstatter

Matthias Gastel
Berichterstatter

Reginald Hanke
Berichterstatter

Mike Moncsek
Berichterstatter

Thomas Lutze
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Stefan Zierke, Michael Donth, Matthias Gastel, Reginald Hanke, Mike Moncsek und Thomas Lutze

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/2561** in seiner 47. Sitzung am 7. Juli 2022 zur federführenden Beratung dem Ausschuss für Tourismus, zur Mitberatung dem Wirtschaftsausschuss, dem Verkehrsausschuss, dem Ausschuss für Kultur und Medien und dem Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller haben einen Katalog mit Forderungen zur Förderung des Caravaning-Tourismus aufgestellt.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Wirtschaftsausschuss** hat in seiner 21. Sitzung am 12. Oktober 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Verkehrsausschuss** hat in seiner 20. Sitzung am 12. Oktober 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 16. Sitzung am 12. Oktober 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat in seiner 20. Sitzung am 12. Oktober mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 20/2561 in seiner 20. Sitzung am 12. Oktober 2022 abschließend beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** begründete ihren Antrag damit, dass Reisemobile ein boomendes Segment im Tourismus seien und ein großer Wirtschaftsfaktor. 50 Prozent der in Europa zugelassenen Fahrzeuge dieser Art kämen aus Deutschland. Darüber hinaus könne Caravaning gerade den Tourismus im ländlichen Raum stärker fördern. Vergleichsweise einfach könnten Übernachtungsmöglichkeiten geschaffen werden, sei es an einem Bauernhof, an einem Gasthof oder in der Nähe der Ortsmitte. Darin bestehe der Vorteil zu einem oft außerhalb liegenden Campingplatz. Baurechtlich gebe es bisher keinen Unterschied bei diesen Stellplätzen. Darum fordere der Antrag den Abbau der bürokratischen Hürden bei der Genehmigung von Reisemobil-Stellplätzen.

Darüber hinaus solle auf EU-Ebene darauf hingewirkt werden, dass bei der anstehenden Revision der Dritten Führerscheinrichtlinie das Gewichtslimit des Pkw-Führerscheins für das Fahren von Reisemobilen von 3,5 auf 4,25 t erhöht werde, um Personen, die nach 1999 den Führerschein erworben hätten und über mindestens drei Jahre Fahrpraxis verfügten, den Zugang zum Reisemobiltourismus zu erleichtern.

Für die **Fraktion der SPD** gab der Berichterstatter Stefan Zierke zu Beginn seiner Ausführungen zu Protokoll, dass er Präsident des Verbandes der Deutschen Campingwirtschaft sei. Das Amt sei ehrenamtlich.

Darüber hinaus führte die SPD-Fraktion aus, dass der Antrag diskussionswürdige Punkte enthalte, jedoch auch Aspekte, die nicht in die Zuständigkeit des Bundes fielen, sondern in die der Länder und der EU. Die Fraktion kritisierte, dass sich der Antrag einseitig auf Wohnmobile beschränke und nicht auf die Campingwirtschaft insgesamt. Insbesondere die Forderung nach ausreichenden Parkmöglichkeiten an Autobahnraststätten betreffe nicht nur Wohnmobile.

Die im Antrag geforderte Ausnahme vom Lkw-Überholverbot für Reisemobile analog zu Bussen lehnte die Fraktion ab. Wohnmobile seien heute entweder als Pkw oder als Lkw zugelassen. Sofern eine Zulassung als Pkw vorliege, seien sie bereits vom Überholverbot ausgenommen. Sofern sie als Lkw zugelassen seien, sei es richtig, diese weiterhin in das Lkw-Überholverbot einzubeziehen. Das wurde damit begründet, dass langsamere Fahrzeuge beim Überholen nicht den Verkehr stören dürften. Der Antrag wurde abgelehnt.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisierte ebenfalls die Beschränkung des Antrags auf Wohnmobile. Darüber hinaus würden Perspektiven im Hinblick auf einen Wechsel der Antriebstechnik fehlen. Ein weiterer unberücksichtigter Aspekt sei der Platzbedarf von Wohnmobilen im Jahresverlauf. Insbesondere Fahrzeuge im Privatbesitz, die nur Tage oder Wochen im Jahr im Einsatz seien, benötigten für die übrige Zeit einen Stellplatz. Hier könnten Sharing-Modelle sinnvoll sein.

Hinsichtlich der geforderten Erhöhung des Gewichtslimits beim Pkw-Führerschein seien auf Nachfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch der Deutsche Verkehrssicherheitsrat und die deutsche Versicherungswirtschaft der Auffassung, dass zur Gewährleistung der Sicherheit nicht die Tonnage hochgesetzt werden dürfe. Ebenso bestünden deutliche Bedenken hinsichtlich der Verkehrssicherheit, wenn die vorgeschlagene Änderung beim Überholverbot in Kraft treten würde. Der Antrag wurde abgelehnt.

Die **Fraktion der FDP** bestätigte, dass Caravaning ein wichtiger Teil des Deutschland-Tourismus sei. Während der Corona-Zeit sei die Form des Reisens zum „Volksmodell“ geworden. Touristische Attraktionen und Freizeitparks profitierten von dieser individuellen Form der Mobilität ebenso wie die Herstellung, der Handel und die rund 5.000 Campingplatzbetreiber.

Den Forderungen nach der Errichtung von E-Ladesäulen und Förderung von Tankstellen für alternative Kraftstoffe sei die Bundesregierung bereits nachgekommen. Im Januar dieses Jahres sei eine Beauftragte für die Ladesäuleninfrastruktur eingesetzt worden. Es sei geplant, dass bis 2030 rund eine Million öffentliche Ladestationen zur Verfügung stünden, auch im ländlichen Raum und an Campingplätzen. Den Forderungen der FDP aus der letzten Wahlperiode nach einer Anpassung des Überholverbots für Reisemobile sowie der Schaffung ausreichender Parkmöglichkeiten an Autobahnraststätten komme die Bundesregierung ebenfalls nach, beispielsweise gebe es das Projekt der Parkflächenerweiterung an Autobahnraststätten mit Zuschüssen von bis zu 90 Prozent.

Die **Fraktion der AfD** führte aus, dass das Fahren von Wohnmobilen mit höherer Tonnage an der Fahrerlaubnis-Klasse scheitere, aber nicht an der Technik und Sicherheit der Fahrzeuge wie es die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausgeführt habe. Caravaning schaffe und sichere Arbeitsplätze. Rund 50 Prozent aller Fahrzeuge kämen aus Deutschland. Diese Branche generiere rund 14 Milliarden Euro Umsatz. Die Fraktion der AfD unterstütze deshalb ausdrücklich die Forderung nach einer Reisemobil-freundlichen Infrastruktur, besonders im ländlichen Raum. Alle nötigen Genehmigungsverfahren, speziell Bauleitverfahren, müssten einfacher gestaltet und zügiger umgesetzt werden.

Darüber hinaus sei die Anbindung an Radwege ein entscheidender Punkt, denn bei Reisemobilen würden in der Regel Fahrräder mitgeführt; das betreffe natürlich auch den Campingbereich. Ferner befürworte die AfD ausdrücklich, dass Reisemobile vom Lkw-Überholverbot ausgenommen und wie Busse behandelt würden, denn technische Einschränkungen gebe es nicht. Die AfD unterstütze daher diesen Antrag.

Die **Fraktion DIE LINKE** konnte die Kritik der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP nicht nachvollziehen. Im Wesentlichen sei von diesen Fraktionen nur die Eingrenzung des Antrags auf Reisemobile kritisiert worden. Weitere substantielle Kritikpunkte fehlten.

DIE LINKE appellierte an die Mitglieder des Tourismusausschusses, sich um einen gemeinsamen Antrag zu bemühen, dem alle zustimmen könnten. Oppositionsanträge würden aus Prinzip abgelehnt. Die Fraktion DIE

LINKE. enthalte sich bei dem Antrag, da die geforderte Höhersetzung des Gewichtslimits beim Pkw-Führerschein und der Verzicht auf das Überholverbot noch Punkte mit Klärungsbedarf seien.

Berlin, den 12. Oktober 2022

Stefan Zierke
Berichterstatter

Michael Donth
Berichterstatter

Matthias Gastel
Berichterstatter

Reginald Hanke
Berichterstatter

Mike Moncsek
Berichterstatter

Thomas Lutze
Berichterstatter

